

ARBEITSGRUPPE SOLIDARISCHE KIRCHE IM RHEINLAND

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9, 45478 Mülheim an der Ruhr, Tel. 0208 / 593023
Email: soki.rheinland@arcor.de

Offener Brief

An den Bundespräsidenten Herrn Joachim Gauck
Spreeweg 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Sie haben sich in diesem Jahr wiederholt zu weltweiten militärischen Einsätzen geäußert. In einem viel beachteten Interview sagten sie: „[...] *In diesem Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen*“ (Deutschlandfunk, 14.6.2014). Sie sagten ferner, Margot Käßmann zustimmend, es gebe „*keinen gerechten Krieg*“, aber manchmal seien „*Verteidigungshandlungen gerechtfertigt*“ (epd, 6.7.2014). Nicht „gerecht“, aber „gerechtfertigt“ – das ist unseres Erachtens der Widerspruch, in dem das Problem liegt.

So haben Sie die deutsche Öffentlichkeit mehrfach aufgerufen, sich für weltweite militärische Einsätze der Bundeswehr offener zu zeigen, und betrachten das als Wahrnehmung unserer wachsenden weltweiten Verantwortung.

Wir stellen dagegen fest, dass solche militärischen Einsätze überall nur scheinbar zu Erfolgen, letztlich aber in aller Regel zur Destabilisierung und verstärktem Blutvergießen bis hin zu gezielten Drohnen-Morden geführt haben.

Sollte trotz aller Bedenken ein kriegerischer Einsatz als „ultima ratio“ geplant werden, bedarf es zumindest der Beschlussfassung des UN-Sicherheitsrats, wie Sie bei der Sicherheitskonferenz im Januar sagten.

Die Einsätze sind nach allen Erfahrungen letztlich weniger von menschenrechtlichen Erwägungen als vielmehr von mächtigen Interessen geprägt. Wir stimmen in diesem Zusammenhang der nach unserer Auffassung klaren Erkenntnis von Papst Franziskus zu: „*Ich glaube, wir sind in einem Weltwirtschaftssystem, das nicht gut ist, da es nicht den Menschen in die Mitte stellt. Wir haben das Geld in den Mittelpunkt gestellt, den Geldgott. ... es ist ein System, das Krieg führen muss, um zu überleben. ... Und was bedeutet das? Dass Waffen produziert und verkauft werden, und Menschen auf dem Altar des Geldes geopfert werden.*“

(Interview mit der spanischen Zeitung La Vanguardia vom 13.6.2014)

Die von Papst Franziskus genannten Waffenverkäufe weisen auf die enge Verbindung von Waffenlieferungen und Kriegseinsätzen hin. Die bundesdeutsche Regelung, keine Waffenlieferung in Krisengebiete zuzulassen, ist schon mehrfach durchbrochen worden, gerade im Nahen Osten. Jede weitere Durchbrechung bringt unweigerlich die Gefahr unberechenbarer Gewaltsteigerungen mit sich, wie die jüngsten Vorgänge in Syrien und im Irak deutlich machen.

Zunehmende weltweite Verantwortung, die Sie ansprechen, bringt für uns andersartige, weitergehende und tiefer reichende Verpflichtungen mit sich.

- Diese Verantwortung bedeutet für uns eine größere Bereitschaft Deutschlands, Flüchtlinge aufzunehmen. Dafür sprechen Sie sich auch aus, schweigen aber dazu, dass Kriege und Militäreinsätze weltweit die Hauptursache von Flucht sind.
- Weltweite Verantwortung heißt für uns, gegen die Verbreitung von Waffen in Konfliktgebiete einzutreten. Deutschland ist aber zur Zeit der drittgrößte Waffenexporteur, auch dazu schweigen Sie.
- Weltweite Verantwortung beinhaltet für uns, dass Deutschland dem selbst gesetzten Ziel endlich nachkommt, 0,7 % seines Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungsaufgaben einzusetzen.
- Der vorrangigen Friedenspflicht des Grundgesetzes in weltweiter Verantwortung zu folgen, bedeutet für uns, die finanziellen Mittel für Friedensdienste erheblich zu erhöhen.
- Deutschland sollte sich bei internationalen Konflikten verstärkt als Mediator engagieren. Ein von der EU oder der NATO beschlossener militärischer Einsatz muss von Deutschland nicht zwangsläufig mit getragen werden. Auch unsere Vergangenheit sollte uns im Blick auf kriegerische Einsätze zu äußerster Zurückhaltung mahnen.

Weltweite Verantwortung wahrzunehmen heißt für uns vor allem, die eigene Interessensicherung als Zielsetzung der Sicherheitspolitik in Frage zu stellen, wie sie im Weißbuch der Bundesregierung von 2006 formuliert ist: „...den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern“ und „eine gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere Transportwege“ zu gewährleisten, kann für uns nicht Ziel von Kriegseinsätzen sein.

Wir erwarten und erhoffen von Ihnen, dass Sie diese Dimensionen weltweiter Verantwortung betonen, bevor Sie sich weiter für mehr militärische Einsätze engagieren, die bisher zuallererst mächtigen Interessen und viel weniger oder gar nicht dem Frieden gedient haben.

Im Namen der Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland
grüßt Sie

gez. Friedhelm Meyer

Mülheim an der Ruhr / Düsseldorf, am 8. September 2014

Die Solidarische Kirche im Rheinland ist eine Gruppe von ca. 180 Mitgliedern in der Tradition der „Bekennenden Kirche“, für die das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zentral ist.

Der Offene Brief der Solidarischen Kirche i.Rh. wird von folgenden Gruppen und Netzwerken unterstützt, die zum *Ökumenischen Netz in Deutschland* gehören:

Akademie Solidarische Ökonomie
Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin
Bayrische Pfarrbruderschaft
Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.
ChristInnen für den Sozialismus
Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
Christliche Friedenskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland
Dietrich Bonhoeffer-Verein
Frauen wagen Frieden
Hendrik -Kraemer-Haus Berlin
Initiative Aufbruch – anders besser leben
Initiative Ordensleute für den Frieden
Inkotha
Kairos Europa
Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika
Kommunität Grimnitz
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Oikocredit - Dachverband der Deutschsprachigen Förderkreise
Ökumenische Initiative Bremen
Ökum. Initiative Eine Welt
Ökum. Initiativgruppe Eine Welt Treptow-Köpenik
Ökum. Initiative Reich Gottes - jetzt
Ökum. Netzwerk Kirche von unten
Ökum. Netz Bayern
Ökum. Netz Mittelrhein
Ökum. Netz Niedersachsen
Ökum. Netz Nord- und Osthessen
Ökum. Netz Rhein-Mosel-Saar
Ökum. Netz Württemberg
Pax Christi-Kommission Globalisierung - soziale Gerechtigkeit"
Plädoyer für eine ökumenische Zukunft
Solidarische Kirche in Westfalen
SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene

